

032 K 033/22



AMTSGERICHT NEUSS

BESCHLUSS

Im Verfahren zur Versteigerung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft des folgenden Grundbesitzes

Grundbuchbezeichnung:

Grundbuch von Neuss Blatt 1277

Gemarkung Neuss, Flur 32,

Flurstück 486, Gebäude- und Freifläche, Lutherstraße 39, 41, groß 737 m²,

Flurstück 506, Gebäude- und Freifläche, Lutherstraße, groß 18 m²,

Flurstück 507, Gebäude- und Freifläche, Lutherstraße, groß 17 m²,

Flurstück 508, Gebäude- und Freifläche, Lutherstraße, groß 19 m²

wird Termin zur Versteigerung anberaumt auf

10.01.2025, 09:00 Uhr,

im Amtsgericht Neuss, Breite Straße 48, 41460 Neuss, 1. Etage, Saal 130.

Objekt laut Gutachten:

Flurstück 486: 2 Einfamilienhäuser, je eingeschossig, teilunterkellert und Flachdach, Baujahr ca. 1970

Flurstücke 506, 507, 508: je eine Garage

Lage: Lutherstr. 39 + 41, 41466 Neuss (Reuschenberg).

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.11.2022 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf:

1) Flurstück 486: 805.000,00 €

2) Flurstück 506: 16.000,00 €

3) Flurstück 507: 16.000,00 €

4) Flurstück 508: 16.000,00 €

Gesamt: 853.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Antragsteller widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Neuss, 30.08.2024